

Gemeinsam über den Wert des Essens reden

Die Ernährungswende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deren Umsetzung den Verbänden und der Wirtschaft zu überlassen, wäre der falsche Weg. Vielmehr sollte auch die Bevölkerung mitreden. Dies kann durch Bürger*innenräte geschehen, wie jetzt in Berlin geplant.

Von Henrike Rieken

Am 30. Juni 2022 endete in Berlin ein Bürgerratsprozess mit der Übergabe der 47 Empfehlungen an die Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz. Über acht Wochen haben 100 Berliner*innen diskutiert. Die Vorschläge für die Berliner Klimapolitik werden nun im senatsübergreifenden Klimaausschuss sowie im parlamentarischen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten. Doch nicht nur auf Länderebene, sondern auch bundesweit arbeiten zunehmend Bürger*innenräte. 2019 startete das erste Modellprojekt „Bürgerrat Demokratie“. 160 geloste Bürger*innen arbeiteten daran, wie die Demokra-

tie in Deutschland gestärkt werden kann. Beim zweiten Modellprojekt „Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt“ nahmen 2021 152 Menschen teil, im Anschluss wurde der Politik ein Bürgergutachten übergeben.

„Bürgerräte machen Gesprächsräume auf“, so steht es auf der Webseite von „Mehr Demokratie“¹, einer überparteilichen, gemeinnützigen und weltweit aktiven NGO, die sich unter anderem für losbasierte Bürger*innenräte einsetzt. Und weiter: „Bürgerräte stellen ein neues, innovatives Instrument zur kollektiven Meinungsbildung dar. Sie ermöglichen, dass in der Bevölkerung eine kollektive Meinungsbildung stattfindet. Werte und Einstellungen, die sich in Wahlen und Meinungsumfragen niederschlagen, spiegeln immer nur die Gedanken eines einzelnen Menschen bzw. einer Blase.“ Apropos Blase, Hadija Haruna-Oelker, Autorin von „Die Schönheit der Differenz“, ermutigt dazu, nicht immer mit den Gleichen zu reden, sondern mit denen, die man noch nicht kennt. Sie nennt es „verantwortungsbewusste Neugierde“ (Haruna-Oelker, 2022).

Raus aus der Ökoblase

Das aktuelle Ernährungssystem platzt aus den planetaren Grenzen und ist weder klima- noch sozialgerecht. Dies zeigt das Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung – Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten“ des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbrau-



Bürger*innenräte schaffen eine kollektive Meinungsbildung.

1 Siehe mehr-demokratie.de

cherschutz (WBAE). Die Wissenschaftler*innen konstatieren, dass eine umfassende Transformation des Ernährungssystems sinnvoll und möglich ist und umgehend begonnen werden sollte (WBAE, 2020). Daran anknüpfend heißt es im Bürgerratsaufruf der Ernährungsräte: Unser Ernährungssystem muss dringend neu gedacht, ökologisch transformiert und gerecht gestaltet werden. Die Beteiligung an diesem Transformationsprozess darf sich nicht allein auf Wirtschaft und Verbände beschränken. Wer der unverzüglichen Umstellung auf ökologisch und sozial nachhaltige Produktion und Konsum innerhalb planetarer Grenzen solide Zustimmung sichern will, sollte die Bevölkerung dabei in der Sache mitreden lassen.

Über Ernährung wird gesellschaftlich intensiv diskutiert. Viele Verbraucher*innen wollen sich umweltverträglicher ernähren. Sie wollen wissen, unter welchen sozialen Bedingungen Lebensmittel hergestellt und wie Tiere gehalten werden. Sie sind motiviert, einen Beitrag für ihre eigene Gesundheit, aber auch für gemeinwohlorientierte Ziele zu leisten. Angesichts einer unzureichenden und teils widersprüchlichen Informationslage, begrenzter Wahlmöglichkeiten und einer wenig unterstützenden Ernährungsumgebung sind sie damit jedoch oft überfordert.

Der Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) bringt es im Titel auf den Punkt: „Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (ZKL, 2021). Lasst uns gesamtgesellschaftlich über Bürger*innenräte zusammenkommen und diskutieren, was uns unser Essen wert ist!

Kundige Menschen treffen informierte Entscheidungen

Bürger*innenräte als ein Instrument deliberativer Demokratie ermöglichen inhaltliche Vertiefung, Auseinandersetzung mit Fachwissen, Diskussion und persönlichen Austausch. Sie geben Zeit und Raum für Debatten. So können die sozialen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Folgen von Maßnahmen durchdacht und besprochen werden. Dabei ersetzen sie bestehende Teilnahmeverfahren nicht, sondern erweitern diese. Das Thema sollte politisch relevant und brisant sein und diverse Handlungsmöglichkeiten bieten. Entsprechend ist im Rahmen der Machbarkeitsstudie folgender Vorschlag erarbeitet worden: „Was ist uns unser Essen wert? Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur.“

Essen ist politisch und betrifft alle, jeden Tag. Für manche ist es eine Frage von Lifestyle, das Privileg, auszuwählen, was sie heute essen möchten. Für andere ist es der Kampf ums tägliche Überleben oder um die eigene Existenz. Unterrepräsentierte Gruppen, marginalisierte Perspektiven und Erfahrungen werden durch losbasierte und aufsuchende Auswahlverfahren im Bürger*innenrat beteiligt. Das ist zentral. Denn die Ernährungswende setzt strukturell an, also auch

Bürger*innenrat Ernährung

Der Ernährungsrat Berlin hat 2017 Bürger*innenräte als Instrument in den Forderungskatalog aufgenommen. 2020 hat eine kleine Berliner Arbeitsgruppe die Idee ins Netzwerk der Ernährungsräte in der DACH-Region getragen und stieß auf Zuspruch. „Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.“ (Petersmann, 2022) Motiviert durch diese Aussage im Koalitionsvertrag der Ampelregierung wurde über das Umweltbundesamt eine Machbarkeitsstudie realisiert. Nach Veröffentlichung startete ein Aufruf an die Politiker*innen, welcher von 17 NGOs unterstützt wird. Das Bündnis tritt dafür ein, dass sich ein Bürger*innenrat mit Ernährung befasst.

▷ Zum Aufruf: t1p.de/aufruf-ernaehrungsraete;
mehr Infos zu Bürger*innenräten: buergerrat.de

außerhalb der privilegierten Mehrheitsgesellschaft, die weiß und bei Teilnahmeverfahren zudem oftmals akademisch geprägt ist (Geißel et al., 2019). Liesenberg und Strothmann (2022) pointieren in ihrem Buch „Wir holen Euch ab! Wie wir durch Bürgerräte und Zufallsauswahl echte Vielfalt in die Demokratie bringen“, dass die Demokratie, die wir in Deutschland haben, eine ziemlich gute Sache sei, aber unser Parlament nur bedingt unsere Gesellschaft widerspiegele.

Mit der Legitimation von uns allen

Ein Bürger*innenrat ist nicht die Antwort auf alles. Aber er ist ein Instrument, um viele Menschen und Lebenspluralitäten an der Debatte zu beteiligen. Nicht nur Leute wie mich, weiß positioniert, privilegiert und mit akademischem Grad. Ein Bürger*innengutachten am Ende dieses Prozesses voll mit konkreten Maßnahmen für die politischen Entscheidungsträger*innen wäre wertvoll und eine gewichtige Erweiterung der bestehenden Schriftstücke. Mit der Legitimation von Menschen, die in Deutschland leben und essen. □

▷ Liste der zitierten Literatur unter t1p.de/oel204-rieken-lit



Dr. Henrike Rieken, Ernährungsrat Berlin e.V., ehrenamtliche geschäftsführende Vorständin, kontakt@ernaehrungsrat-berlin.de